

## In eigener Sache

Dies ist die *WdA* Nr. 50. Fünf Jahre lang ist die *Welt der Arbeit* als Online-Newsletter nun erschienen. Ziel war und ist es, in erster Linie Arbeitnehmer/innen über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften aufzuklären. Die Texte sollten in konzentrierter Zusammenfassung der Fakten und Argumente grundsätzlich nicht mehr als eine Seite in Anspruch nehmen. Längere Beiträge, Berichte und Analysen wurden auf die gleichnamige Website gestellt. Das soll auch so bleiben. Die Website wird künftig häufiger aktualisiert und dadurch den Newsletter in gewisser Weise ersetzen, so dass sich der enorme Arbeitsaufwand verringert.

Ich danke allen Leserinnen und Lesern für Interesse, Zuspruch und konstruktive Kritik.

*Franz Kersjes*

## Die Themen dieser Ausgabe:

Seite 1

**Kapitalinteressen vor Pressevielfalt**

Seite 2

**Neoliberalismus und Rechtsextremismus**

Seite 3

**Wie eine Meinung im Kopf entsteht, Wie Solidarität entsteht**

Seite 4

**Forderungen zur Altersteilzeit, Satte Belohnungen für Manager-Versagen**

Seite 5

**Heuschrecken im öffentlichen Raum, Der politische Streik**

Seite 6

**Das ganz große Geschäft mit dem Krieg**

Seite 7

**Blick zurück:**

**125 Jahre Krankenversicherung**

Seite 8

**Zur Aktualität von Viktor Agartz, 10 Jahre Attac**

Seite 9

**65-Stunden-Woche in Europa, Druckertage 2008, Impressum**

<http://www.streik.tv>

## Kapitalinteressen vor Pressevielfalt

Seit einigen Monaten diskutieren Politiker, Wirtschaftsvertreter und die Verantwortlichen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten über die Rolle von ARD und ZDF im Internet. Fast täglich lassen die Zeitungsverleger in ihren Medien ihre Interessen verkünden mit der Absicht, ihre bestehenden und künftigen Geschäftsmodelle zu sichern. Sie fürchten ihre Unterlegenheit im Wettbewerb mit den Programmangeboten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Auf Verlegerseite stehen viele Politiker wie so häufig, wenn es um die Sicherung von Kapitalrenditen geht.

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben sich inzwischen über den Entwurf eines neuen Rundfunkstaatsvertrages weitgehend geeinigt. Er soll die Internetangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks begrenzen. ARD und ZDF sollen im Internet nur noch Inhalte anbieten dürfen, die sich auf ihre Sendungen beziehen. Alle nicht auf ihre Programme bezogenen Informationen müssen jeweils durch einen Drei-Stufen-Test genehmigt werden. Die Sender müssen darlegen, dass ihre Internet-Angebote „den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, den publizistischen Wettbewerb stärken und finanziell in einem angemessenen Rahmen bleiben“. Außerdem verabschiedeten die Ministerpräsidenten eine Negativliste für solche ARD- und ZDF-Angebote, die den Geschäftsinteressen der kommerziellen Medien entgegenstehen. Bislang enthält die Liste rund 20 Geschäftsfelder, auf denen sich ARD und ZDF definitiv nicht betätigen dürfen. Zudem muss das öffentlich-rechtliche Internetangebot generell werbe- und sponsoringfrei bleiben. Doch der absolute Höhepunkt der Einschränkungen besteht in der Regelung, dass alle Sendungen und Informationen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter nur noch maximal sieben Tage angeboten werden dürfen. Es müssen also künftig sogar historisch wichtige Dokumentationen und Informationen zu längerfristigen Entwicklungen nach einer Woche aus dem Internet verschwinden. Das widerspricht auf jeden Fall den Bedürfnissen vieler Menschen! Die Verabschiedung des neu gefassten Mediengesetzes ist für den Herbst geplant. Es soll am 1. Mai 2009 in Kraft treten.

Schutzzäune, die nun zur Unterstützung der Profitinteressen der kommerziellen Medien aufgestellt werden, schaden Pressefreiheit und Demokratie, weil Meinungsvielfalt erneut beschnitten wird. Nur noch wenige Konzerne entscheiden heute über die Inhalte in Zeitungen, Zeitschriften und kommerziellen Fernsehsendern. Wichtig sind dabei nicht Leser und Zuschauer, wichtig sind einzig Akquisitionsmöglichkeiten für viel Werbung. Und die redaktionellen Beiträge sind häufig darauf ausgerichtet, ein werbefreundliches Umfeld zu schaffen.

Gewinnorientierte Medienunternehmen verkaufen erst ihre Produkte an die Leserschaft und dann die Leser an die Anzeigenkunden. Und so bleibt zu fragen: Warum soll es eigentlich nur öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und keine öffentlich-rechtliche Presse geben? Die Antwort haben in der Vergangenheit schon häufig die Journalistenverbände und Gewerkschaften mit konkreten Vorschlägen gegeben. Beispiele für nicht kommerzielle Zeitungen und Zeitschriften gibt es vor allem auch im Ausland. Aber in Deutschland stehen die Politiker stramm an der Seite der Renditejäger. So meinte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck zur Begrenzung der Programmangebote von ARD und ZDF im Internet: „Es soll nicht so etwas wie eine öffentlich-rechtliche Presse geben.“ Das bedeutet: alle Macht dem Kapital!

*Franz Kersjes*

## Neoliberalismus und Rechtsextremismus

**Der Rechtsextremismus hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland verstärkt ausgebreitet, und zwar mitten in unserer Gesellschaft und mitten in allen Berufs- und allen Altersgruppen. In seiner aktuellen Erscheinungsform ist er in der Regel kein Relikt aus der Vergangenheit, sondern eine spezielle Reaktion auf gegenwärtige Realitäten.**

„Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung. Nur einem ‚starken‘ politischen Führer, der das Land mit ‚eiserner Hand‘ regiert, traut man die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu“, stellt Richard Stöss in seiner Untersuchung „Rechtsextremismus im Wandel“ fest. Und der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge ergänzt: „Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung öffentlichen Eigentums und sozialer Dienstleistungen läuft auf Entpolitisierung, diese wiederum auf die Entdemokratisierung der Gesellschaft hinaus“.

Mit der Agenda 2010, der sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich und der Diskriminierung von Hartz IV-Empfängern als ‚Parasiten‘ zeigen sich die Verwerfungen durch neoliberale Politik immer deutlicher. Ungebremste Marktlogik bedeutet: Die stärksten Kräfte am Markt setzen sich. Es gibt wenige Gewinner und viele Verlierer. Den abhängig Beschäftigten wird eingeredet, sie könnten zu den Gewinnern gehören, wenn sie zur Stärkung des Standorts Deutschland bereit sind, Opfer zu bringen. Das fordert auch Kanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung: Wir müssen wieder an die Spitze.

### Standortnationalismus

„Durch seine wahnhaftige Fixierung auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen Nährboden für jene Ideologie, die ich ‚Standortnationalismus‘ nenne“, schreibt Butterwegge. „Der neoliberale Wettbewerbswahn fördert - ungewollt oder bewusst - die Rechtsentwicklung in vielen Gesellschaftsbereichen, z. B. an den Hochschulen, bringt eine neue, marktradikale und das individuelle Leistungsvermögen fetischisierende Rechte hervor und verstärkt die Tendenz zur Ab- bzw. Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und so genannten Randgruppen.“

Wissenschaftler der Freien Universität Berlin haben analysiert, dass etwa 19 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder - insbesondere Facharbeiter und Angestellte - anfällig sind für rechtes Gedankengut. Als Hauptursache dafür haben die Forscher Angst vor dem sozialen Abstieg festgestellt. In ihrer Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ kommen sie unter anderem zu folgenden Erkenntnissen: „Rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern sind Ausdruck von tief greifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie von der Krise, in der sich die Gewerkschaften gegenwärtig befinden. Offensichtlich erreichen gewerkschaftliche Erklärungs-

muster viele Mitglieder nicht. Rechtsextreme Gruppierungen besetzen solche Themenfelder, während gewerkschaftliche Positionen und Argumente bei vielen Mitgliedern offensichtlich nicht bekannt sind oder nicht angenommen werden.“

### Gewerkschaften als Wertegemeinschaft

In ihrer Schlussfolgerung gibt die FU-Forschungsgruppe Hinweise für notwendiges gewerkschaftliches Handeln: „Gewerkschaften können nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein, wenn sie sich deutlich als Wertegemeinschaft - und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Kunden/Mitglieder - verstehen und dies auch in der Binnen- und in der Außenkommunikation deutlich machen. Dazu gehört insbesondere das Eintreten für die Verbindung der Werte ‚soziale Gerechtigkeit‘ und ‚Demokratie‘ als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns.“

#### Literaturempfehlungen:

Bodo Zeuner, Richard Stöss, Jochen Gester u.a.: **Gewerkschaften und Rechtsextremismus**  
Westfälisches Dampfboot, 14,90 €

Christoph Butterwegge  
**Globalisierung, Neoliberalismus und Privatisierung**  
Gastbeitrag in [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Peter Bathke, Susanne Spindler  
**Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa**  
Zusammenhänge, Widersprüche, Gegenstrategien  
Karl Dietz Verlag Berlin, 14,90 €

Lern- und Arbeitsbuch  
**Gegen Rechtsextremismus**  
Handeln für Demokratie  
Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 19,90 €

<http://www.netz-gegen-nazis.com>

### **Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht**

**„In der Schule werden Menschen gemacht. Den Vorgang des Menschenmachens nennt man Erziehung. Das Elternhaus, das Kino, das Fernsehen, das Theater, der Rundfunk, die Zeitungen, Bücher und Plakate sind Schule in weiterem Sinne. Alle Stellen, die Informationen vermitteln, sind Schulen.**

**Zum Machen von Dingen verwendet man Werkzeuge. Das Werkzeug, mit dem Menschen gemacht werden, ist die Information.**

**Soweit die Menschen nicht natürlichen Bedürfnissen, der Gewohnheit oder der Gewalt folgen, hängt ihr Handeln davon ab, was sie wissen. Auch Gewohnheiten entstehen zum Teil aus Informationen. Da die Handlungen eines Menschen den Ablauf seines Lebens steuern, bestimmen die Informationen, die er bekommt, wie er lebt. Die Schulen machen nicht nur Menschen, Schulen machen auch Lebensläufe....“**

**„Wenn wir uns nicht gegen den Lehrplan in den Schulen, die Zeitungen und Rundfunk- und Fernsehprogramme zur Wehr setzen, werden unsere Gedanken weiterhin unsere Feinde sein.“**

Zitate aus dem sehr empfehlenswerten Buch von E. A. Rauter „Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht“, erschienen im Weismann Verlag.

## **Wie Solidarität entsteht**

Viele Menschen wissen nicht genau, was ihre soziale Situation verursacht hat. Wer sich täglich von Medien wie der „Bild“-Zeitung („ein entsetzliches, menschenverachtendes Blatt“, *FAZ Sonntagszeitung*) und von anspruchslosem Fernsehkonsum ablenken lässt, wird niemals herausfinden, wie und wodurch seine Lebens- und Arbeitssituation entstanden ist und wie sie verändert werden kann. Nur wer seine eigenen Interessen erkennt, mit seinen Kolleginnen und Kollegen darüber redet, wird eine Übereinstimmung der Probleme entdecken und einen gemeinsamen Willen zur Veränderung entwickeln können. Über diesen Weg werden gemeinsames Handeln, gemeinsamer Kampf möglich. Solidarität entsteht aus Vertrauen in die eigene Kraft. Darüber hinaus ist Überzeugungsarbeit erforderlich zur Überwindung von Ängsten und Bedenken, zur Ermutigung aller Beteiligten und zur Akzeptanz der Risiken. Nur wer selber brennt, kann andere entflammen.

Was können Gewerkschaften zur Förderung der Solidarität tun? Zunächst müssen sie ihre Mitglieder und solche, die es werden sollen, glaubwürdig in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Mit knappen Büro- und Sprechstunden, Versammlungen und Schulungen ist es nicht getan. Notwendiger ist die Entwicklung von Beteiligungskultur. Wichtigste Aufgaben sind: Begegnungen der Mitglieder zu organisieren, Kontakte herzustellen und Kommunikation zu fördern. Die kleinsten Einheiten in der Gewerkschaftsarbeit sind die wichtigsten: Betriebsgruppen, Berufsgruppen, Fachgruppen, Ortsvereine. Sie müssen in jeder Hinsicht unterstützt werden. In ihnen sammeln sich vergleichbare individuelle oder sogar die gleichen Erfahrungen. Die bilden das Fundament zum Erarbeiten gemeinsamer Ziele in der Gewerkschaft und über die jeweilige Gruppe hinaus.

Demokratie erfordert Beteiligung. Man darf Zustand und Politik der Gewerkschaften nur dann beklagen, wenn man sich einmischt, mitarbeitet und für Änderung kämpft. Mitglieder haben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Es geht um die gemeinsamen Interessen der abhängig Beschäftigten und der Arbeitsuchenden, um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Gewerkschaften sind kein Interessenverband wie jeder andere. Sie bündeln sehr unterschiedliche individuelle Interessen und formulieren trotzdem gemeinsame Ziele. Als soziale Bewegung können sie die notwendige gesellschaftliche Kraft zur Beseitigung der Ursachen für die Entstehung undemokratischer und sozialer Missstände entwickeln. Solidarität macht stark! Schwache Gewerkschaften haben die falsche Führung oder gleichgültige Mitglieder - manchmal sogar beides.

Solidarität und Demokratie haben gemeinsame Feinde: Demagogie, Unterdrückung, Gleichgültigkeit, Dummheit. Die Herrschenden in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft haben stets die Solidarität ihrer „Untergebenen“ gefürchtet. Zur Erhaltung der Macht versuchen die Herrschenden, Rechte und Freiheiten Anderer zu beschränken; es soll sich grundsätzlich nichts ändern. Wer trotzdem auf Veränderung drängt, braucht Mut und Ausdauer; er muss konfliktbereit und konfliktfähig sein. Das kann man lernen. Und dafür gibt es viele Beispiele in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

*Franz Kersjes*

## Forderungen zur Altersteilzeit

In der Metall- und Elektroindustrie bestehen seit 1997 Tarifverträge zur Altersteilzeit. Diese Tarifverträge regeln, dass, entsprechend den Bestimmungen des Altersteilzeitgesetzes, Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr in Altersteilzeit gehen können. Inzwischen wurden diese Regelungen schrittweise durch Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen unattraktiver. Handlungsbedarf ist dadurch entstanden, dass die Rentenart „Rente nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit“ entfallen ist (Diese Rente konnte man mit dem 60. Lebensjahr beziehen), das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben wurde, was in Zukunft zu zusätzlichen Abschlägen bei der Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente für langjährig Versicherte (mindestens 35 Versicherungsjahre) führt, und die Förderung der Altersteilzeit ab dem 1. Januar 2010 entfällt.

Für die Fortführung der Altersteilzeit sprechen aus gewerkschaftlicher Sicht demographische und beschäftigungspolitische Gründe genauso wie zunehmende gesundheitliche Belastungen am Arbeitsplatz. Die Altersteilzeit ist als Altersübergangsmodell weiterhin erforderlich, um jüngeren Menschen Chancen zum Einstieg in das Berufsleben zu geben. Von den Unternehmern fordert die IG Metall eine Anschlussregelung ab dem Jahr 2010. Bis zum 31. Dezember 2009 sollen die bestehenden Regelungen zur Altersteilzeit fortgeführt werden (Nachwirkung, sofern keine andere Regelung getroffen wird). Von der Politik erwartet die IG Metall, dass die Förderung der Altersteilzeit aufrechterhalten wird und die Fehlentscheidungen zur Heraufsetzung des Rentenalters auf das 67. Lebensjahr korrigiert werden.

Die Tarifparteien hatten 2007 vereinbart, bis Ende Juni 2008 eine Anschlussregelung für die auslaufende staatliche Förderung der Altersteilzeit zu finden. Nach den bislang erfolglosen Verhandlungsrunden in Baden-Württemberg sollen nun die Warnstreiks ausgeweitet werden. Während die IG Metall ein verbessertes Angebot von den Unternehmern fordert, bestanden diese auf ihren bisherigen Vorschlägen, nämlich den Anspruch der Beschäftigten auf früheren Erwerbsausstieg stark einzuschränken. Nur Beschäftigte, die besonderen Belastungen ausgesetzt sind, sollen künftig vorzeitig in Rente gehen können. Anspruch hätten danach nur solche Beschäftigte, die 20 Jahre Betriebszugehörigkeit nachweisen können und während der letzten 15 Jahre zwölf Jahre in drei Schichten oder in Dauernachtschicht gearbeitet haben. Unternehmen und Belegschaften sollen bis Ende 2009 versuchen, über freiwillige Betriebsvereinbarungen den flexiblen Übergang in die Rente zu regeln. Beschäftigte in Betrieben, in denen keine derartige Einigung erzielt wird, sollen vom 1.1.2010 an einen tariflichen Anspruch auf Altersteilzeit haben.

Die IG Metall will einen grundsätzlichen Anspruch auf Altersteilzeit auf Basis einer erzwingbaren Betriebsvereinbarung. Die Quote derer, die in einem Betrieb Altersteilzeit in Anspruch nehmen, soll wie bisher bei fünf Prozent der Beschäftigten liegen. Die Aufstockungsbeträge sollen auf Basis der heutigen Tarifregelungen bleiben. Allerdings soll die Entgeltaufstockung speziell für die unteren Entgeltgruppen verbessert werden. Die Altersteilzeit soll bis zu sechs Jahre dauern und mit 57 Jahren beginnen können. Die IG Metall geht davon aus, dass in den regionalen Verhandlungen ein Tarifergebnis erzielt werden kann, das auf alle Tarifgebiete einheitlich übertragen wird.

## Satte Belohnungen für Manager-Versagen

Manager verdienen sich goldene Nasen – wenn sie rausfliegen auch noch einen goldenen Handschlag. Und gleichzeitig ist mindestens jede/r vierte Deutsche arm. Die Manager-Millionen sind steuerlich absetzbar, und damit zahlen alle anderen sie mit – selbst die Firmen-Millionen für völlige Führungs-Versager. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, kassierte 2007 Gesamtbezüge in Höhe von 14,3 Millionen Euro. Daimler-Chef Dieter Zetsche erhielt im selben Jahr 10,6 Millionen. Wolfgang Reitzle (Linde) kassierte im vergangenen Jahr 8,1 Millionen Euro; Wulf Bernotat (Eon) 6,8 Millionen, Jürgen Harmbrecht (BASF) 5,7 Millionen. Die Vorstände der 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen erhielten vor fünf Jahren im Schnitt das 28fache ihrer Mitarbeiter, heute durchschnittlich das 52fache. Der Abstand hat sich fast verdoppelt. Obendrein kassieren gescheiterte Manager noch dicke Abfindungen. So erhielt der Vorstandschef der Westdeutschen Landesbank Jürgen Sengera über drei Millionen Euro, obwohl er der Bank einen Schaden von rund 400 Millionen Euro zugefügt hat. Ron Sommer verantwortet Riesenverluste mit der Telekom-Volksaktie. Trotzdem erhielt er nach seinem Abgang weiter insgesamt 11,6 Millionen Euro. Jürgen Schrempp ist verantwortlich für die verlustreiche DaimlerChrysler-Fusion. Er erhielt trotzdem Aktienoptionen in zweistelliger Millionenhöhe.



## Heuschrecken im öffentlichen Raum

Das Prinzip des in Großbritannien entwickelten Finanzprodukts Public Private Partnership (PPP) gilt inzwischen weltweit, also auch in der EU und in Deutschland, als neues Heilmittel gegen Staatsverschuldung und Investitionsstau. Dabei übernimmt der Investor nicht nur den Bau etwa einer Schule, eines Rathauses, einer Strasse oder eines Gefängnisses, sondern auch Planung, Finanzierung und langfristigen Betrieb; im Gegenzug zahlt die öffentliche Hand 20 bis 30 Jahre Miete.

Im Gegensatz zu den vollmundigen Versprechungen der Investoren und ihrer politischen Vollstrecker stellt Werner Rügemer in seinem neuen Buch überzeugend fest: >PPP wird mit dem Argument angepriesen, nun könne der hochverschuldete Staat wieder investieren, denn hier werde privates Kapital „mobilisiert“. Das Gegenteil ist der Fall: In Wirklichkeit stellt PPP eine neue Form der Kapitalschöpfung für die Privaten dar. Das Kapital wird nicht für den Staat, sondern für die „global player“ mobilisiert. Und die Bilanz am Ende der Vertragslaufzeiten ist, so kann heute schon gefolgert werden, vernichtend: Mit PPP gibt der Staat wesentlich mehr aus als er nach traditioneller Weise tun würde. So stellt PPP eine neue, weit in die Zukunft verlängerte, zusätzliche Staatsverschuldung dar< (Seite 157).

Neben den Merkmalen und bisherigen Ergebnissen in Großbritannien bietet das Buch Falldarstellungen über Akteure, Lobbyisten-Netzwerke und Gesetze in Deutschland: u.a. Schulen, Mautstrassen, Messehallen, Tunnel, e-government. Charakteristika von PPP, die den Medien, Abgeordneten und Stadträten üblicherweise vorenthalten werden, werden offen gelegt: Geheimhaltungspflichten, getrickste Wirtschaftlichkeitsvergleiche, Struktur der komplizierten Vertragswerke, Transaktionskosten, Anpassungsklauseln, Verpfändung der Verträge (Forderungsverkauf), statistische Kosmetik.

„Das vom Privatunternehmen und seinen Anwälten und Wirtschaftsprüfern definierte Betriebsgeheimnis steht über der Demokratie. PPP ist gleichbedeutend mit Verachtung der Demokratie. Nicht nur die Bürger, sondern auch die Abgeordneten, Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte werden zu Claqueuren degradiert. Die politischen Beschlussgremien, die Rechnungshöfe und die Kommunalaufsicht werden zur Akklamations-Staffage. Gewählte Volksvertreter werden als Unmündige behandelt, die die PPP-Verträge ohnehin nicht verstehen können. Sie werden als unsichere Kantonisten behandelt, denen man die wichtigen Betriebsgeheimnisse nicht anvertrauen darf“ (Seite 161).

Auch betriebs- und volkswirtschaftliche Folgen sowie ‚Kollateralschäden‘ auf nationaler und EU-Ebene – zum Beispiel niedrige Bauqualität, Steuerverluste des Staates, schleichende Staatsverschuldung, Mieterhöhungen, Ausschaltung des Mittelstandes, Einsatz von Niedriglöhnern – werden erstmals zusammenfassend dargelegt. - Rügemer hat ein ausgezeichnet recherchiertes, sehr lesenswertes Buch vorgelegt.

Werner Rügemer: „Heuschrecken im öffentlichen Raum. Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments“, transcript Verlag, Bielefeld 2008, 168 Seiten, 16,80 Euro

## Der politische Streik Eine Materialsammlung

Gewerkschaften, Parteien und Institutionen haben bisher nichts veröffentlicht, das den politischen Streik behandelt und in verständlicher und praxisnaher Form zugänglich gemacht hätte. Der politische Streik wird wie ein Tabu behandelt, also gar nicht. Sogar in den Gewerkschaften, die es zuallererst angeht, wird es erstaunlicherweise kaum diskutiert.

Das ändert sich mit einer Materialsammlung, die von Veit Wilhelmy, Gewerkschaftssekretär der IG Bau, herausgegeben wurde: Im Mittelpunkt steht einerseits die Frage, ob der politische Streik ein berechtigtes Kampfmittel gegen den so genannten Raubtierkapitalismus sein könnte; auf der anderen Seite wird dagegen erörtert, ob der politische Streik (noch) als illegale Form der politischen Auseinandersetzung gilt.

Die Arbeit bietet fundiertes Material zur politischen Information und zur Diskussion eines Themas, das zuallererst in den Gewerkschaften diskutiert werden sollte. „Mit der vorliegenden Broschüre hat Veit Wilhelmy ein lange vernachlässigtes Thema theoretisch fundiert, aber auch praxistauglich besetzt, das künftig in den Gewerkschaften und auf der Linken einschließlich der linken Sozialdemokratie größere Beachtung finden wird.“ So äußerte sich der Politologe Butterwegge von der Uni Köln, der es für geboten hält, den politischen Streik endlich zu diskutieren und damit „eines der letzten Tabus unserer Gesellschaft zu durchbrechen“.

Das Buch kostet 16 Euro (zuzüglich Portokosten) und kann bestellt werden beim Fachhochschulverlag in Frankfurt: <http://www.fhverlag.de>

## Das ganz große Geschäft mit dem Krieg

Die Kriegsindustrie boomt: Die weltweiten Militärausgaben sind im vergangenen Jahr erneut auf ein Rekordniveau gestiegen. Die Waffenkonzerne steigerten ihre Umsätze gewaltig und der Handel mit Kriegsmaterial ist weiterhin ein profitables Geschäft. Das Militär verschlingt insgesamt 2,5 Prozent des globalen Sozialprodukts.

### Profite mit mörderischen Waffen

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri beziffert den globalen Rüstungsaufwand auf rund 1,34 Billionen Dollar (858 Milliarden Euro). Das ist eine um Inflation und Währungsschwankungen bereinigte Steigerung um sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr und um 45 Prozent seit dem Jahr 1998. Zum Vergleich: Für die Verwirklichung der von den Vereinten Nationen ausgegebenen Millenniums-Ziele zur Halbierung der Armut wären jährlich schätzungsweise lediglich 20 Dollar pro Erdenbürger erforderlich. Jeden Menschen auf der Erde kostet die militärische Rüstung laut Sipri, statistisch betrachtet, 202 Dollar! In den Ländern der OECD lagen die Militärausgaben etwa neunmal so hoch wie die Ausgaben für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Während sich die offizielle Entwicklungshilfe im Jahr 2006 auf 104 Milliarden US-Dollar belief, wendeten die 30 Mitgliedstaaten der OECD 891 Milliarden US-Dollar für das Militär auf. Von den 171 Staaten, die vom Internationalen Konversionszentrum (BICC) untersucht wurden, haben 69 ihren Militärhaushalt in den vergangenen Jahren deutlich erhöht, während nur in 22 Ländern eine spürbare und dauerhafte Senkung der Militärausgaben festzustellen war.

Mit einem Anteil von 45 Prozent stehen die USA weltweit für fast die Hälfte aller Militärausgaben, gefolgt von Großbritannien und China mit je fünf Prozent. Deutschland (23,7 Milliarden Euro = drei Prozent) liegt auf Platz sechs. Die US-Kriegseinsätze im Irak und in Afghanistan heizen seit Jahren das Waffengeschäft an. Fünf der sechs größten Rüstungskonzerne kommen aus den USA. Die Spitzenreiter der Branche verzeichneten ein Wachstum um acht Prozent, wobei 41 US-Firmen für 61 Prozent der Umsätze stehen und 34 westeuropäische Konzerne für 29 Prozent. Größter Waffenexporteur der Periode von 2003 bis 2007 sind die USA mit einem Anteil von 31 Prozent vor Russland mit 25 Prozent und Deutschland mit zehn Prozent. Sechs der acht größten Exportländer sind Staaten der Europäischen Union.

Der Export deutscher Rüstungsgüter ins Ausland hat beträchtlich zugenommen. Rüstungsexporte im Wert von 933 Milliarden Euro gingen im Jahr 2006 in Entwicklungsländer. Deutschland ist damit in der EU der größte, weltweit hinter den Vereinigten Staaten und Russland der drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern.

### Streubomben nicht komplett verboten

Ein von der großen Mehrheit der 192 Staaten der Vereinten Nationen angestrebtes vollständiges Verbot von Streubombenmunition wird es nicht geben. Der Text für ein künftiges Abkommen, der von 111 Staaten Anfang Dezember in Oslo unterzeichnet werden soll, enthält eine Reihe von Ausnahmen. In die Anti-Streubomben-Konvention wurden

auf Druck der USA und anderer Länder, Ausnahmen eingebaut. Auch Deutschland will Lockerungen durchsetzen. So soll das Abkommen seinen Unterzeichnerstaaten weiterhin gemeinsame Militäroperationen mit Nichtvertragsstaaten erlauben, die Streubomben einsetzen. Auch die Lagerung von Streumunition anderer Länder auf dem Gebiet von Unterzeichnerstaaten wird ermöglicht. Diese Bestimmungen zu gemeinsamen Militäroperationen enttäuschen besonders das deutsche „Aktionsbündnis Landminen“ und andere Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für ein umfassendes Verbot engagieren.

### Tückische Mordinstrumente

Der deutsche „Verteidigungsminister“ erklärte nach Informationen der *Berliner Zeitung*, vor 2015 stehe nicht ausreichend alternative Munition zu Verfügung. Die größten Hersteller und Lagerer von Streumunition, darunter neben den USA und Russland auch China, Indien, Pakistan und Israel, hatten sich überhaupt nicht an den Verhandlungen beteiligt. Streubomben zählen zu den gefährlichsten Waffenarten der Welt. Sie enthalten sehr viele kleinere Bomben, die sich über riesige Flächen ausbreiten. Viele der Mini-Bomben gehen beim Aufprall auf dem Boden nicht sofort hoch, sondern liegen jahrelang als unentdeckte Gefahren im Gelände. Bei der kleinsten Berührung können sie explodieren. Opfer sind häufig Zivilisten, vor allem auch Kinder. Hunderttausende unschuldiger Menschen sind bereits durch Streubomben ermordet worden. Jeder Staat muss geächtet werden, der nicht sofort, grundsätzlich und verbindlich erklärt, auf diese Waffen zu verzichten!

Franz Kersjes

**Blick zurück:**  
**Im Jubiläumsjahr vor dem Aus -  
 die gesetzliche Krankenversicherung**

Jubiläen sind gewöhnlich freudige Ereignisse. Aber das 125jährige Bestehen der gesetzlichen Krankenversicherung bietet wenig Anlass zur Freude; sie hat ausgedient, denn sie funktioniert schon lange nicht mehr wie einst. Und das mittlerweile drei Jahrzehnte währende, immer hektischer werdende Herumreformieren ist nichts als Flickschusterei. Bei ihrer Gründung als erstes Element der deutschen Sozialgesetzgebung war sie jedoch weltweit von einzigartiger sozialpolitischer Fortschrittlichkeit. Den Anstoß hatte Kaiser Wilhelm I. 1881 in einer Thronrede gegeben. Da kündigte er zur „Heilung der sozialen Schäden“ ein sozialpolitisches Programm an, dessen Verwirklichung auch „in der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen“ sei. Also legte Reichskanzler von Bismarck das Krankenversicherungsgesetz (KVG) vor, das der Reichstag am 15. Juni 1883 verabschiedete. (Andere Quellen nennen den 22. und den 31. Mai 1883.)

**Aus Angst vor sozialen Unruhen...**

Doch hinter der Initiative des Reichskanzlers steckte keine sozialpolitische Verantwortung. Das KVG und die ihm folgenden Sozialgesetze hatten einzig das Ziel, das Industrieproletariat zu beschwichtigen und ans Kaiserreich zu binden. Die heute kaum noch vorstellbaren Arbeitsbedingungen in den Fabriken, die Arbeitszeiten von zwölf und mehr Stunden, ein Körper und Geist schädigendes Arbeitsumfeld sowie Sonntags- und Kinderarbeit hatten überhaupt erst zur Entstehung der Arbeiterbewegung geführt, hatten Protestdemonstrationen und Streiks ausgelöst und hatten letztlich ein – aus der Sicht des Staates – gefährliches sozialrevolutionäres Potenzial entstehen lassen.

Deshalb wurde mit Zuckerbrot und Peitsche regiert. Das Zuckerbrot: die Krankenversicherung 1883, die Unfallversicherung 1884, die Alters- und Invaliditätsversicherung 1889. Die Peitsche: das „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie“, mit dessen Hilfe alle politischen Basisaktivitäten der Partei und der Gewerkschaften von 1878 bis 1890 bei Strafe verboten waren. Nachdem im Sommer 1884 auch das Unfallversicherungsgesetz in Kraft getreten war, erklärte Otto von Bismarck in schöner Offenheit im Reichstag: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.“ Es fürchteten sich vor allem die Regierenden und die immer mächtiger werdenden Industriearbeiter.

**Lange funktionierte das Solidarprinzip**

Die Sozialgesetzgebung beruhte von Anbeginn auf dem Solidarprinzip: Im Erwerbsleben stehende Menschen sorgen für die Alten und Gesunde für die Kranken. Das funktionierte, solange die Bevölkerung, bildlich gesprochen, einem Tannenbaum glich: unten breit, oben sehr schlank. Es mussten also sehr viele junge Menschen für nur wenige Alte einstehen, und dies nicht sehr lange. Im Jahr 1880 hatte ein 60Jähriger maximal noch zwölf Lebensjahre zu erwarten, heute min-

destens noch 20. Oder: In den 100 vergangenen Jahren stieg die Lebenserwartung um 30 Jahre. Gleichzeitig hat sich die Geburtenrate dramatisch verringert. Das Bild unserer Bevölkerung zeigt keinen Tannenbaum mehr, sondern einen Pilz.

Die demographische Entwicklung hat ebenso starke Wirkungen auf die Renten- wie auf die Krankenversicherung. Bis vor 30 Jahren wurden fast alle medizinischen Leistungen bezahlt. Das hat sich, wie gesetzlich Versicherte wissen, mit jeder so genannten Reform verändert. Und dabei bleibt es nicht. Ein Reformchen jagt weiter das andere. Trotzdem können sich schon jetzt viele Menschen Kranksein nicht mehr leisten. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach spricht deshalb unverblümt von einer „Zweiklassen-Medizin“, die Privatversicherte bevorzugt. Besonders im Alter kann seine Gesundheit nur erhalten, wer viel Geld dafür hat.

**Ein Systemwechsel muss her!**

In den Parteien werden diverse Modelle zur Heilung des kranken Systems diskutiert: das Kopfgeld (CDU), die Bürgerversicherung (SPD), Gesundheit und Krankheit als Privatsache (FDP). Ärztekammer-Vizechef Frank-Ulrich Montgomery plädiert vernünftigerweise für einen kompletten Systemwechsel: völlig weg vom Solidarprinzip, das wegen der Bevölkerungsentwicklung nicht mehr funktionieren kann. Eine Lösung von Dauer muss jedenfalls her, damit besonders den alten Kranken mit Kostenexplosions-Lamento und Dauer-Reformen nicht weiter – bewusst oder unbewusst – suggeriert wird, sie seien in unserer Gesellschaft bloß Kostenfaktoren, also überflüssig. *Antje Dertinger*

## Zur Aktualität von Viktor Agartz

Die Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaften nach 1945 konzentrierten sich vor allem auf eine Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft. Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, das auch ein kapitalistisches war, sollte eine vollständig neue Wirtschaftsverfassung verwirklicht werden. Die Erfahrungen während der Weimarer Republik hatten gelehrt, dass die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine echte demokratische Gesellschaftsordnung zu ermöglichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens sollte deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden.

Viktor Agartz (1897-1964) gehörte in der Nachkriegszeit zu den wichtigsten und einflussreichsten Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie und der Ge-

werkschaften. Von 1948 bis 1955 war er Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes (WWI) des DGB. Mit seiner wissenschaftlichen Arbeit zur Lage der abhängig Beschäftigten versuchte er, der politischen Restauration in Deutschland entgegenzuwirken. Agartz war überzeugt davon, dass die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse unbedingt verhindert werden müsse. Deshalb entwickelte er Grundsätze für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm und für eine expansive Lohnpolitik. Dazu gehörte entgegen vorheriger Praxis auch, dass Arbeitnehmerlöhne nicht mehr als bevorzugtes Mittel zur Abwälzung von Krisenlasten des kapitalistischen Wirtschaftsystems missbraucht werden durften. Die Lohnpolitik sollte wieder wichtigstes Instrument der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik werden. Agartz lehnte es ab, die Lohnfrage

„betriebswirtschaftlich“ zu behandeln. Sein Vorschlag für eine expansive Lohnpolitik steht im Gegensatz zu jenem Konzept produktivitätsorientierter Lohnpolitik, dessen Prämisse lautet: Löhne können nur bei steigender Produktivität und höchstens im Maß dieser Produktivität erhöht werden. Eine nachträgliche Erhöhung des Lohnanteils am gestiegenen Bruttosozialprodukt bzw. eine nachträgliche Kompensation für die gestiegene Arbeitsleistung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten war nach seiner Überzeugung nicht ausreichend.

Angesichts eines „Niedergangs des Lohns“ im entfesselten Kapitalismus gewinnen auch die lohn- und wirtschaftspolitischen Überlegungen von Agartz wieder an Bedeutung. Zur Aktualität ist ein neues Buch erschienen mit dem Titel „Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik“<sup>44</sup>. Informationen unter <http://www.vsa-verlag.de>

### Neue Texte auf der Website **Welt der Arbeit**

Lebensbilder  
**Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges**

Medien  
**Renditen kontra Meinungsvielfalt**

Gewerkschaften aktuell  
**Ansprache zum 1. Mai 2008**

Gewerkschaftsgeschichte  
**Viktor Agartz und die Gewerkschaften**

Gewerkschaften aktuell  
**Vor 75 Jahren – Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften**

<http://www.weltderarbeit.de>

## 10 Jahre Attac

Vor zehn Jahren, am 3. Juni 1998, wurde in Paris das Bündnis Attac gegründet, die „Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger“. Das Gründungsmanifest schrieb Ignacio Ramonet, Chefredakteur von *Le Monde Diplomatique*, im Dezember 1997: „Es ist höchste Zeit, diesen zerstörerischen Kapitalbewegungen Sand ins Getriebe zu streuen.“

In kürzester Zeit mobilisierte Attac weltweit Tausende junger Leute, die gegen die Macht der Märkte auf die Straße gingen. Wirklich bekannt wurde Attac erst 2001. Unter dem Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ trommelten die Globalisierungsgegner 200.000 Demonstranten gegen den G-8-Gipfel in Genua zusammen. Es folgten weltweit viele eindrucksvolle Aktionen. Ob bei den Treffen

der Welthandelsorganisation WTO oder bei den Tagungen des Weltwirtschaftsforums in Davos – Attac organisierte große Protestdemonstrationen.

Heute gibt es in rund 50 Ländern Attac-Gruppen mit ca. 90.000 Mitgliedern. In Deutschland sind es etwa 20.000. Zu den Mitgliedsorganisationen gehören u.a. die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Pro Asyl, Pax Christi, Naturfreunde, Netzwerk Cuba und die Missionszentrale der Franziskaner. Zu den Mitgliedern der deutschen Attac-Gruppe zählen außer vielen Gewerkschafter/innen prominente Unterstützer quer durch das gesellschaftliche und politische Spektrum - von Oskar Lafontaine bis zum ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Zehn Jahre nach der Gründung ist Attac die wichtigste soziale Bewegung.



## Neoliberales Europa: 65-Stunden-Woche

Nach jahrelangen Diskussionen haben sich die Arbeitsminister der 27 EU-Mitgliedstaaten auf Richtlinien zu Arbeitszeit und Leiharbeit geeinigt. Ärzte, Feuerwehrleute und andere Beschäftigtengruppen sollen künftig bis zu 65 Stunden in der Woche arbeiten können. Die Richtlinie sieht für einzelne Arbeitnehmer eine Obergrenze von 60 Stunden vor, für den Fall, dass sie Bereitschaftsdienst leisten, sogar 65 Stunden. Allerdings können sich die Beschäftigten weigern, ohne Tarifvereinbarung länger als 48 Stunden zu arbeiten.

Die bisher in der EU geltende Beschränkung auf 48 Wochenstunden soll also fallen. Die Mehrheit im Rat der EU-Arbeitsminister hat damit allen wesentlichen Forderungen der Unternehmerverbände nachgegeben. Die Beibehaltung der Ausnahmemöglichkeiten („Opt-Out“) von den Höchstarbeitszeiten wird zu weiterer Aushöhlung der Richtlinie führen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und das Europäische Parlament hatten sich dagegen eindeutig, aber erfolglos für ein Auslaufen dieses Missbrauchsinstruments ausgesprochen.

Bei der Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie wird künftig zwischen aktiver und inaktiver Arbeitsbereitschaft unterschieden. Die Nichtanrechnung des inaktiven Teils des Bereitschaftsdienstes auf die Arbeitszeit widerspricht nach Auffassung der Gewerkschaften der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Dies gelte auch für die neu geschaffene Option für die Mitgliedstaaten, die Ausdehnung des Bezugszeitraums für die Einhaltung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von durchschnittlich 48 Stunden auch per Gesetz zuzulassen statt ausschließlich durch Tarifvertrag.

Der Ratsbeschluss zu den Leiharbeitsverhältnissen sieht vor, dass Leiharbeiter/innen grundsätzlich vom ersten Tag an gleiche Rechte bekommen wie Festangestellte im selben Betrieb. Das gilt für Bezahlung, Urlaub und Elternzeit. Ausnahmen sind möglich, wenn Gewerkschaften und Unternehmer diese auf nationaler Ebene vereinbaren.

Nun kommt es sehr auf das Europäische Parlament an, in der anstehenden zweiten Lesung Verbesserungen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen.

\* \* \* \*

## Die Organisation von Gegenmacht Druckertage 2008

Im ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste treffen sich am 22. und 23. August 2008 wieder engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zur Debatte über ein wichtiges politisches Thema. Diesmal geht es um die „Organisation von Gegenmacht“. Mit dabei sind als Referenten u.a. Detlef Hensche, Michael Schlecht, Frank Werneke, Udo Blum und Franz Kersjes. Die „Druckertage“ stehen allen Gewerkschaftsmitgliedern offen. Ihre Organisatoren entstammen mehrheitlich dem Fachbereich 8 der ver.di und möchten mit dem historischen Bezug zur gewerkschaftlichen Herkunft an ein engagiertes und politisches Verständnis von Gewerkschaftsarbeit anknüpfen.

### Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich  
für den Inhalt:  
Franz Kersjes  
Abendrothstr. 5, 50769 Köln  
Telefon: 0171 – 5 26 65 35  
Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach Bedarf kostenlos online und auf der Website  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

Empfehlungen:  
<http://www.nachdenseiten.de>  
<http://www.labournet.de>  
<http://www.einblick.dgb.de>  
<http://www.verdi.de>  
<http://www.igmetall.de>  
<http://www.wissentransfer.info>  
<http://www.erwerbslose.de>  
<http://www.attac.de>  
Neue Rheinische Zeitung  
<http://www.nrhz.de>

### Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus  
Teutoburger-Wald-Straße 105  
32791 Lage-Hörste  
Telefon: 0 52 32 / 9830  
Mail: [bst.imk@verdi.de](mailto:bst.imk@verdi.de)  
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

Veranstalter ist Liaison.NET, eine Gruppe von freiberuflich tätigen Sachverständigen aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Mitveranstalter ist das ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst. Informationen zur Anreise unter <http://www.imk.verdi.de>  
Auf Wunsch ist ein Abholen vom nahe gelegenen Bahnhof Lage (Lippe) möglich. Online-Anmeldungen über das Internet unter: <http://www.liaison.de>